

**Zeitschrift:** Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen  
**Herausgeber:** Verein Aktiver Staatsbürgerinnen  
**Band:** 33 (1977)  
**Heft:** 9-10

**Artikel:** Die Frau in der Politik - mehr als ein Alibi  
**Autor:** Bohren-Hoerni, Margrit  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-844901>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **Die Frau in der Politik — mehr als ein Alibi**

Von Kantonsrätin  
Dr. Margrit Bohren-Hoerni, Zürich

Die Frage nach dem Verhältnis der Frau zur Politik beantworten heute noch nicht alle Schweizerinnen und Schweizer gleich. Manche halten es für zwingend, dass sich die Frau mit Politik befasse, weil diese im freiheitlichen Staatswesen ein unentbehrliches Gestaltungselement ist. Wer sich erst nach 1971 darauf einstellte, dass künftig auch die Frauen durch Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen sollen, wird unter Umständen noch heute von Zweifeln geplagt. Hinderlich für eine positive Einstellung ist, dass Politik zumeist als rauhes und hartes Geschäft dargestellt wird, vor dem Gutmeinende die Frau bewahren wollen.

Nach unseren Erfahrungen begegnet man in der Politik wie bei jedem anderen Lebensbereich menschlichen Stärken und Schwächen. Nicht anders als in Familie, Schule, Kirche, in Gemeinde, Kanton und Bund sind es Menschen, die durch ihre Handlungen, ihr Tun und Lassen in der Gegenwart die Zukunft formen. Die Verantwortung der Frau auf Teilbereiche zu begrenzen, könnte heissen, sie durch Unterlassung allenfalls an einer fatalen Wendung mitschuldig werden zu lassen. Es trifft zu, dass die Schweizerinnen im Moment der Gefahr auf Posten waren. Es wäre aber kurzsichtig, auf äussere Gefahren zu warten, statt alles zu tun, um innere und äussere Bedrohungen zu vermeiden.

Ein Ja der Frauen zur Politik ist nichts anderes als ein bewusstes Ja zum freiheitlichen Rechtsstaat. Es bedeutet, sich

für die Vorgänge in Staat und Gesellschaft zu interessieren, sich eine Meinung zu bilden und Stellung zu beziehen. Dabei kann jede Frau dort beginnen, wo die eigene Erfahrung Ansatzpunkte bietet. Jedes positive Erlebnis kann den Kreis erweitern. Es geht aber nicht nur um das Ja der Frauen zur Politik, sondern ebenso um die gleiche Grundhaltung der Männer. Das Ja der Männer zur Mitarbeit der Frau entspringt dem Willen zur partnerschaftlichen Gestaltung der Welt von morgen.

### **Komitee «Pro Regula» gegründet**

In der letzten Ausgabe der «Staatsbürgerin» orientierten wir über die Absichten einer «Arbeitsgruppe Stadtratswahlen», die sich zum Ziel gesetzt hat, die Zürcher Stimmbürger über die Amtsführung von Regula Pestalozzi zu informieren. Aus dieser Gruppe hat sich nun ein überparteiliches Komitee «Pro Regula» konstituiert, das von Prof. Dr. Dietrich Schwarz, Kantonsrat, präsiert wird. Dem Vorstand gehören ferner an: Franziska Frey-Wettstein, Rolf Siegenthaler, die Gemeinderäte Karl Federer und Karl Graf, Hans Glarner, Anne-Marie Korn-Rytz, Alice Moneda, Dr. Claus Schellenberg und Margrit Schmid-Kunz. Bis zur Gründungsversammlung hatten bereits 135 Frauen und Männer, darunter prominente Politiker aus Bund, Kanton und Stadt Zürich, ihren Beitritt zum Komitee angemeldet.

An der Gründungsversammlung wurde nicht nur auf die hervorragenden Qualitäten von Regula Pestalozzi hingewiesen und dargelegt, wie wichtig es ist, dass diese tüchtige Magistratin der Stadt erhalten bleibt, Regula Pestalozzi erläuterte auch die Gründe, die sie zur erneuten Kandida-